

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Lothar Löffler MdB, Obmann der Berliner Bundestagsabgeordneten, fordert, angesichts der Berliner Senatskrise eine Neubesinnung auf die Lebensgrundlagen der Stadt: Probleme nicht verschleiern!

Seite 1/2

Annemarie Renger MdB würdigt Elfriede Eilers zu deren 60. Geburtstag: Dank und Respekt.

Seite 3/4

Horst Seefeld MdEP unterstreicht, daß in der EG Menschenleben Vorrang der Überwindung vor Handelshemmnissen haben müssen: Kein Beamter für die Verkehrssicherheit?

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 11

16. Januar 1981

Probleme nicht verschleiern!

Berlin braucht eine Neubesinnung auf seine Lebensgrundlagen

Von Lothar Löffler MdB
Obmann der Berliner Bundestagsabgeordneten

Berlin ist in den letzten Jahren immer gut dafür gewesen, Stoff für negative Schlagzeilen zu liefern. Filzokratie, Führungsschwäche, Subventionsmentalität, politischer Einfallslosigkeit und administrative Unfähigkeit sind die beliebtesten Vokabeln, mit denen die, die von den Problemen und der Geschichte dieser Stadt wenig wissen, auszukommen glauben, um politische und gesellschaftliche Erscheinungen in Berlin darstellen zu können.

Das hat schon fast psychologische Gesetzmäßigkeit: Was auch immer in Berlin geschieht, natürlich hat die politische Führung schuld! und mit dem wohlthuenden Schauer der selbstgefälligen Befriedigung kann jeder mit Wilhelm Busch feststellen: "Da bin ich wirklich froh, denn, gottseidank! Ich bin nicht so!!"

Es soll gar nicht geleugnet werden: Auch in Berlin gibt es Fehler und Versäumnisse. Aber sie sind nicht größer und zahlreicher als anderswo. Nur werden sie hier auf Grund der starken Spannung zwischen Anspruch und Realität maßlos übersteigert.



Die Berlin-Verträge haben menschliche Erleichterungen gebracht und den komplizierten völkerrechtlichen Status etwas geklärt, aber eine normale Stadt wie jede andere zwischen Lissabon und Wladiwostock ist Berlin, nach wie vor innerhalb eines fast 160 Kilometer langen Grenzbefestigungsgürtels lebend, nicht geworden. Die hohe Erwartung, das diese Stadt der große Umschlagplatz für Güter und Ideen zwischen Ost und West werden kann, hat sich nicht erfüllt. Die Verträge geben das nicht zwangsläufig her. Insofern ist nicht ein Senat mit einem Regierenden Bürgermeister an der Spitze gescheitert, sondern eher schon eine Illusion. Berlin muß noch immer seine Funktion und Stellung zwischen den Machtblöcken suchen. Dazu benötigt es die positive Zuwendung von möglichst vielen Menschen in der Bundesrepublik.

Der weitaus größte Teil der drängenden und drückenden Probleme ist nur bedingt vergleichbar mit denen in anderen Städten und Regionen. Wer Fortschritte in Berlin mit dem Maßstab der vermeintlichen Normalität bewerten will, gelangt zu einem schiefen Bild, in dem die Erfolge keinen Platz haben, wie es in den Bereichen Wirtschaft, kulturelle Entfaltung, soziale Betreuung, Erneuerung des Stadtbildes und Schule zweifellos gibt.

Was auch immer in den nächsten Stunden für Entscheidungen fallen mögen, es wäre ein Irrtum zu glauben, daß allein mit personellen oder vielleicht sogar politischen Veränderungen an der Spitze der Stadt die grundlegenden Probleme gelöst werden können. Was Berlin braucht, ist eine Neubesinnung auf seine Lebensgrundlagen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten in dem Verhältnis zwischen Ost und West. Dietrich Stobbe hat damit begonnen. Sein Nachfolger - wer immer es auch sein mag - wird diese Aufgabe fortsetzen müssen.

Es muß abgewartet werden, ob die sozialliberale Koalition in Berlin die Kraft zu einem neuen Anfang aufbringen wird. In den nächsten Tagen wird es sich auch erweisen, ob es in Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für einen neuen Senat gibt. Bis dahin sind alle Spekulationen über Neuwahlen eher schädlich als nützlich, denn vordergründiger politischer Wirbel verschleiert die Probleme und hilft nicht klären. Wir Berliner könnten uns zwar ein neues Abgeordnetenhaus wählen aber keine neue geographische Lage ohne politische Probleme, die aus der Niederlage von 1945 und aus der Spaltung Deutschlands resultieren.

(-/16.1.1981/ks/ca)

+ + +



Dank und Respekt

Zum 60. Geburtstag von Elfriede Eilers

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

"Es ist nicht meine Absicht, über die Situation der Frauen - mit oder ohne Ideologie - zu philosophieren. Davon haben Frauen draußen im Lande nämlich nichts. Sie haben vielmehr einen Anspruch darauf, von der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag zu erfahren, welche praktische Politik für sie getrieben worden ist und was weiterhin für Frauen getan werden soll."

Elfriede Eilers, die am Samstag ihren 60. Geburtstag begeht, hat mit diesen Worten in der Aussprache über die Regierungserklärung zum Internationalen Jahr der Frau 1975 ein Selbstzeugnis über ihr sozialpolitisches Wirken insgesamt abgelegt. Es charakterisiert eine ganze Generation sozialdemokratischer Frauen in den Parlamenten. Diese Generation hat den Antrieb und die Kraft für ihre Arbeit noch aus einer Zeit gewonnen, in der die Ausbeutung und soziale Unsicherheit von Arbeiterfamilien erlebte Wirklichkeit war. Sie hat sich gegen enorme Widerstände, die aus einem starren Gesellschaftsgefüge ebenso wie aus der allgemeingültigen Rollenzuweisung für Frauen herrührten, Raum für eine freie und gleichberechtigte persönliche Entfaltung in Politik und Beruf geschaffen und diese Plattform dazu benutzt, die Lage der Frauen und der Familien als einen wichtigen, damals fast ausschließlich weiblichen Wirkungsfeld zu verbessern, ohne darüber die politische Gesamtschau aus den Augen zu verlieren.

Elfriede Eilers repräsentiert diesen Werdegang, der vielfältige persönliche Parallelen findet, wenn man die Lebensläufe in den parlamentarischen Handbüchern vergleicht. Dazu gehört die Mitgliedschaft von Elfriede Eilers bei den "Kinderfreunden" zur Zeit der Weimarer Republik, dieser heute fast vergessenen Bewegung unter ihrem pädagogischen Mentor Kurt Löwenstein, die gleichwohl vollständig modern Kinder - zumeist die von Arbeitern - zur Selbstbestimmung erzog und zum Beispiel früh die Gleichberechtigung der Geschlechter praktizierte. Dazu gehört der Abbruch jeder politischen Betätigungs- und Bildungsmöglichkeit in der Nazizeit. Elfriede Eilers hat in diesen Jahren den Beruf der Maschinenbuchhalterin erlernt. Dazu gehört der Beitritt zur



SPD, zur Gewerkschaft, zur Arbeiterwohlfahrt in dem ersten Augenblick, wo dies durch das Neuentstehen der Freiheit in Deutschland möglich war. An der Wiedergründung der Jugendorganisation "Falken" hat Elfriede Eilers aktiven Anteil genommen.

Elfriede Eilers schuf sich die Voraussetzungen, um ihr soziales Engagement zu verwirklichen, legte beim Seminar für Sozialberufe in Mannheim das Staatsexamen ab und wurde nach einem Praktikum bei der Arbeiterwohlfahrt, deren stellvertretende Bundesvorsitzende sie heute ist, Jugendfürsorgerin in Bielefeld. Ihr Weg in der Partei führte sie nach einer geraumen Zeit der Bewährung weit hinauf, 1966 in den Parteivorstand, 1973 ins Parteipräsidium und zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen.

23 Jahre hat sie dem Deutschen Bundestag angehört. Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen gewesen, die Initiativen entwickelt und die in der Fraktion seit mehr als einem Jahrzehnt - lange vor der mit Spektakel betriebenen Einrichtung behördlicher Gleichstellungsstellen - Gesetzesvorlagen prüft, ob sie Frauen benachteiligen. An allen Gesetzgebungsfortschritten in diesem Bereich war Elfriede Eilers seit Beginn der sechziger Jahre beteiligt, insbesondere beim Jugendhilferecht, beim Mutterschutzgesetz 1968 und seinem Ausbau, der Reform des Paragraphen 218 sowie beim Versorgungsausgleich im Eherecht.

Auf sie geht die vermeintlich unscheinbare, für die Familien aber alltäglich wichtige Gewährung einer Haushaltshilfe im Krankheitsfall von Eltern zurück sowie die Möglichkeit für berufstätige Eltern, innerhalb einer bestimmten Frist ein erkranktes Kind zu pflegen. Die SPD greift jetzt, nachdem manche Attitüden und Diskussionsweisen der Neuen Linken ältere Mitglieder aus den Versammlungen vertreiben haben, auf die vielfältigen Kontakte und das Vertrauen zurück, das sich Elfriede Eilers als Fraktionsgeschäftsführerin erworben hat. Im Auftrag des Parteivorstandes betreut sie die Seniorenarbeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im vergangenen Jahr Bundestagsreden sozialdemokratischer Parlamentarierinnen von 1949 bis 1979 der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach den Worten Herbert Wehners wollte die Fraktion dabei mit ihrer Dankbarkeit auch den Respekt bezeugen, "der dem Mut und der Tapferkeit der Frauen gebührt, die unter streckenweisen widrigen politischen Wetterverhältnissen geleistet haben, was in ihren Kräften stand, damit unser demokratisches Gemeinwesen den Wohle der Menschen diene und die Mitbürgerinnen und Mitbürger das Gemeinwesen leistungsfähig ausgestalten und mittragen."

Diesen Dank und diesen Respekt bezeugen wir Elfriede Eilers.

(-/16,1.1981/ks/ca)

+ + +



Kein EG-Beamt für die Verkehrssicherheit?

Menschenleben müssen Vorrang vor Überwindung von Handelshemmnissen haben

von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Im Europäischen Parlament wurde kürzlich eine Kommissionsinitiative zum Thema Sicherheitsgurte gutgeheißen. Es braucht nicht betont zu werden, daß sich längst die Erkenntnis durchgesetzt hat, Sicherheitsgurte können zusammen mit anderen Sicherheitsmaßnahmen ein guter Schutz für das Leben der Kraftfahrer bei Verkehrsunfällen sein. Eine einheitliche Anwendungsvorschrift in den EG-Ländern ist deshalb zu begrüßen.

So weit so gut.

Grundsätzlich ist allerdings zu bedauern, daß im Gemeinschaftsbereich offensichtlich dem Abbau von Handelshemmnissen mehr Priorität eingeräumt wird als der Verkehrssicherheit, die immer nur an zweiter Stelle rangiert. Ein derartiges Verfahren widerspricht jeder Logik. Nach Auffassung des Ausschusses für Verkehr - und das sollte auch die Meinung der EG-Kommission sein. - steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Abschaffung technischer Hemmnisse des innergemeinschaftlichen Handelsverkehrs, wie wichtig dieser Handelsverkehr auch sein mag.

Das Europäische Parlament hat sich immer stark für die Verkehrssicherheit eingesetzt. Sowohl auf dem Gebiet der Sicherheit der Seeschifffahrt, als auch des Luftverkehrs hat der für Verkehrsfragen zuständige Ausschuß Initiativen ergriffen, zum Beispiel durch die Organisation von öffentlichen Hearings und die Erstellung von Initiativberichten.

Auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit ist die jetzige Lage aber besonders enttäuschend und bedrückend. Seit der Herausgabe eines Memorandums zu dieser Frage im Jahre 1971 hat die Kommission nichts Konkretes unternommen. Als Entschuldigung wird angeführt, daß der Personalbestand der Generaldirektion Verkehr der Kommission hoffnungslos unterbesetzt und deshalb kein Mitarbeiter für Sicherheitsfragen zuständig sei. Unglaublich, aber leider Realität. Für Agrarprobleme gibt es mehr als genug Beamte, zum Schutz von Menschenleben im Straßenverkehr ist bei der EG-Kommission



- zumindest in der Generaldirektion Verkehr - keiner so richtig damit befaßt. Beim Abbau von Handelshemmnissen hat man dann manchmal Glück; den dafür kompetenten Beamten fällt bisweilen etwas ein und die Verkehrsstrategen sind zufrieden.

Das Europäische Parlament hat zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr an Rat und Kommission zwar regelmäßig appelliert, aber bislang ohne sichtbaren Erfolg. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen Initiativbericht über den Einbau von Sicherheitsglas in Kraftfahrzeugen. Auch dieses Bemühen hat keine weiteren Konsequenzen gehabt - die Regierungen schleppen auch dieses Thema seit mehreren Jahren im Ministerrat vor sich her.

Man verstehe mich bitte richtig: Ich will keine totale Gleichmacherei oder Harmonisierung um der Harmonisierung willen. Aber es gibt Bereiche, da kann nur vernünftigerweise in allen EG-Ländern gleich gehandelt werden, wenn Erfolge erzielt werden sollen. Heute spielt der grenzüberschreitende Verkehr für die Beweglichkeit der EG-Bürger im Rahmen der ihnen garantierten Freizügigkeit eine wesentliche Rolle. Deshalb muß gerade hier, wo jährlich Millionen von Menschen mit dem Kraftfahrzeug von Land zu Land reisen, ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert werden.

Eine bedeutungsvolle Verringerung der Zahl der Todesfälle und Verletzten kann in der Europäischen Gemeinschaft nur dann erreicht werden, wenn zwingende Maßnahmen getroffen werden, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem sogenannten Drei-Punkte-Sicherheitssystem, das heißt: Windschutzscheiben aus Verbundsicherheitsglas, Kopfstützen und Sicherheitsgurte.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft muß ihre Generaldirektion Verkehr künftig personell besserstellen. Die neue Kommission sollte deshalb sehr schnell alle Dienstbereiche durchforsten, einige Beamte versetzen und deren Tätigkeitsgebiet verändern. Im Verkehrsbereich - und hier besonders bei der Durchsetzung von mehr Sicherheit - werden fähige Köpfe dringend benötigt. (-/16.1.1981/hi/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

